



## Fakten und Argumente

### „Übergangssystem“: Regelfall statt Ausnahme

Die Ausbildungsrisiken sind in Baden-Württemberg nicht nur sehr hoch, sie sind auch extrem ungleich verteilt. 72,8 Prozent der Schüler aus Migrationsfamilien und mehr als die Hälfte der deutschen Hauptschulabsolventen eines Jahrgangs landen im Übergangssystem. Bildungsarmut wird durch den „Wertverlust“ des Hauptschulabschlusses noch stärker zur Frage der sozialen und ethnischen Herkunft. Zehntausende Jugendliche träumen nach dem Schulabschluss von einem guten Ausbildungsplatz - und wachen im Übergangssystem wieder auf.

### Armut als Berufsziel?!

Wer den Einstieg in gute berufliche Bildung verpasst bzw. daran gehindert wird, trägt ein Leben lang ein erhöhtes Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko. Deshalb müssen die Weichen gleich am Anfang richtig gestellt werden. Anders können die hohen individuellen und gesellschaftlichen Folgekosten nicht vermieden werden, die durch eine Ausgrenzung am Ausbildungsmarkt entstehen. Statt nachträglich mit hohem Aufwand und viel Geld wenig erfolgreich die Symptome zu lindern, muss der Fokus auf mehr duale Ausbildung gerichtet werden.

### Mehr Sorgfalt und Qualität für Ausbildung!

Das Übergangssystem ist insgesamt ineffizient. Zehntausende von Jugendlichen dorthin abzuschieben passt nicht zur Klage über Fachkräftemangel seitens der Unternehmen. Die Zeiten, in denen sie sich aus einem Überangebot an qualifizierten Bewerbern bedienen konnten, neigen sich dem Ende zu – es gehen mehr Beschäftigte in Rente als Jugendliche aus der Schule kommen.

### Förderung lohnt sich – auf für Unternehmen!

Wer eine Chance bekommt, sich im Betrieb zu bewähren, nutzt diese auch. Und die Unternehmen können sich eben nicht nur die Rosinen rauspicken. Sie sind gefordert, auch formal schwächeren Bewerbern eine Ausbildungsperspektive zu bieten und sie durch gezielte Unterstützung an zukünftige Anforderungen heranzuführen.

### Alle haben ein Recht auf gleiche Chancen!

Wenn Zehntausende Jugendliche ausgegrenzt werden, verletzt das den Anspruch auf Chancengleichheit. Das ist auch wirtschaftlich unsinnig: Ein Bildungs- und Ausbildungssystem, das große Potentiale an ihrer Entfaltung hindert, ist nicht leistungsfähig. Die Fachkräftebasis kann nicht gesichert werden, indem man ganzen Schulabgängerklassen die Chance auf gute berufliche Bildung vorenthält.

## Unsere Forderungen:

**Um allen Jugendlichen einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen, muss auf drei Ebenen gehandelt werden:**

- schulische Bildung
  - Ausgestaltung des Übergangssystems
  - Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes
- Gerade Jugendliche mit schlechteren Startbedingungen brauchen bereits im allgemeinen Schulsystem mehr und bessere Förderung. Entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und soweit möglich muss ihnen der Weg zu höheren Abschlüssen offen sein. Zumindest müssen sie besser auf die Anforderungen einer qualifizierenden Berufsausbildung vorbereitet werden.
  - Alle jungen Menschen haben ein Recht auf Ausbildung – diesen Anspruch umzusetzen ist eine vorrangige Aufgabe. Deshalb müssen die Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, gerade auch für Jugendli-

che mit formal niedrigen Qualifikationen. Für diese Gruppe muss – auch im Eigeninteresse der Unternehmen – in Zukunft gelten: Fördern statt Aussortieren!

- Für Jugendliche mit fachlichen Defiziten oder sonstigen Problemen muss ein Qualifizierungssystem aufgebaut werden – soweit möglich im Rahmen entsprechender Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien. Kernelemente sind die betriebliche Anbindung, gezielte Förderung durch die Berufsschulen sowie eine gute Übernahmeperspektive. Wir halten eine betriebsnahe Qualifizierung für den richtigen Weg, die in ein festes Ausbildungsverhältnis einmündet. Das „Verwahren“ von Jugendlichen in sinnlosen Schleifen des Übergangssystems ist eine Missachtung der jungen Menschen und eine Verschwendung von Mitteln zu Lasten der Allgemeinheit.